

28.09.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

**Klinik-Krise abwenden – die Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen aufrecht-
erhalten!**

zu dem Antrag „**Unterstützung jetzt! Nordrhein Westfalen braucht einen Schutzschirm
für die sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen.**“

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 18/972

I. Ausgangslage

In mehr als zwei Jahren Pandemie haben Nordrhein-Westfalens Kliniken einen existenziell wichtigen Beitrag geleistet. Während sich ein ganzes Land im Stillstand befand, hat das Gesundheitssystem funktioniert und maßgeblich zum strukturellen Erhalt beigetragen. Die daraus resultierenden Einschränkungen belasten die Kliniken jedoch noch immer. Neben den finanziellen Aufwendungen, welche aufgrund der zusätzlichen Anschaffungen von den verpflichtend zu tragenden FFP2-Masken und weiterem medizinischen Bedarf, wie beispielsweise zusätzlicher Schutzkleidung und Hygieneartikel, haben auch die behördlichen Einschränkungen, welche unter anderem die tägliche Corona-Testpflicht der Patienten und Mitarbeiter vorgeschrieben haben, sowie der zusätzliche Personalaufwand zu massiven finanziellen Einbußen gesorgt. Hinzu kommen massive Personalausfälle; so hat eine Blitzumfrage des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) ergeben, dass in deutschen Krankenhäusern krankheitsbedingte Personalausfälle flächendeckend zugenommen haben. So ergab die Umfrage, dass 90 % der Krankenhäuser höhere krankheitsbedingte Personalausfälle verzeichnen als sonst um diese Zeit üblich. Die Entwicklungen sind maßgeblich auch durch die Corona-Pandemie bedingt.¹ An der Repräsentativbefragung beteiligten sich bundesweit 394 Krankenhäuser ab 50 Betten. Hier wird deutlich, in welcher angespannten finanziellen Situation sich die Kliniken befinden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Corona-Unterstützungsmaßnahmen zum 30. Juni 2022 ausgelaufen sind und keine Verlängerung stattgefunden hat. Hinzu kommen nun die exorbitanten Kostensteigerungen durch Inflation und den das ganze Land belastenden Anstieg der Energiepreise; einige Kliniken rechnen mit bis zu 400% Mehrkosten. Im Gegensatz zu anderen Branchen und Unternehmen kann ein Großteil der Kliniken diese Kosten jedoch nicht ausgleichen, da ihre Vergütungssätze mit den Krankenkassen respektive Rentenkassen langfristig fixiert sind.

¹ [Htt ps:// www. bdpk. de/service/studien-gutachten/dki-blitzumfrage-personalausfaelle-in-den-krankenhausern](https://www.bdpk.de/service/studien-gutachten/dki-blitzumfrage-personalausfaelle-in-den-krankenhausern)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat mit der Informationskampagne „Alarmstufe ROT: Krankenhäuser in Gefahr – sofortiger Inflationsausgleich notwendig“ versucht, auf die massiven wirtschaftlichen Bedrohungen für die Krankenhauslandschaft aufmerksam zu machen.

Dazu der Vorstandsvorsitzende der DKG: „Es ist völlig inakzeptabel, dass die Politik einfach hinnimmt, dass bereits in diesem Jahr 60 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben und sich die Lage im kommenden Jahr noch weiter zuspitzen wird. Nach einer aktuellen Blitzumfrage sehen knapp 40 Prozent der Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Situation so gefährdet, dass Insolvenzen drohen. Eine wirtschaftlich solide Finanzplanung ist derzeit unmöglich, und an vielen Orten droht deshalb die Schließung von Krankenhäusern – mit negativen Folgen für die Versorgungssicherheit. [...] Ohne einen Inflationsausgleich zur Stabilisierung der Krankenhäuser droht ein massiver Personalabbau mit negativen Folgen für die Patientenversorgung. Wir brauchen jetzt kurzfristige finanzielle Hilfe, und langfristig vernünftige Struktur- und Finanzierungsreformen. Wenn der Gesundheitsminister jetzt nicht hilft, wird sich der kalte Strukturwandel mit seinen Krankenhaus-Schließungen dramatisch weiter verschärfen. Dann gefährdet er die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung“².

Hier wird deutlich, in welcher finanziellen Schieflage sich die Kliniken in Nordrhein-Westfalen bereits zum Status quo befinden. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung muss aufrechterhalten bleiben; nicht erst die Pandemie hat die existenzielle Bedeutung des Gesundheitssektors herausgestellt. Nordrhein-Westfalen muss handeln.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen flächendeckenden Inflationszuschlag für die Kliniken in Nordrhein-Westfalen zu prüfen und auszuzahlen;
2. eine ausreichende Finanzierung der Klinik-Investitionskosten sicherzustellen;
3. sich weitergehend für eine sofortige Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen.

Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion

² <https://www.dkgev.de/dkg/presse/details/alarmstufe-rot-krankenhaeuser-in-gefahr-sofortiger-inflationsausgleich-notwendig/>